



Der Vorsitzende des  
Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr  
der Stadtverordnetenversammlung  
Amt der Stadtverordnetenversammlung  
E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de  
Rathaus-Schloßplatz 6-65183 Wiesbaden  
Telefon (0611) 31-4554  
Telefax (0611) 31-3902  
Sachbearbeiter: Herr Weinert

Wiesbaden, 20.09.2012

1. Den Mitgliedern des  
Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich  
Herrn Stadtverordnetenvorsteher

## Einladung

zur öffentlichen Sitzung  
des Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr  
am Dienstag, 25. September 2012, um 17:30 Uhr,  
Rathaus, Raum 22 (EG), Schloßplatz 6, Wiesbaden

- Vor Eintritt in die Tagesordnung findet eine Bürgerfragestunde statt -

## Tagesordnung I

1. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 28.8.2012
2. 12-F-33-0103

Durchfahrtsverbot für LKW

- Antrag der Fraktionen von CDU und SPD vom 18.9.2012 -

Im Zuge der Einführung der Umweltzone in Wiesbaden hat das Hessische Ministerium für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz für das Durchfahrtsverbot kein Einvernehmen erteilt. Begründet wurde dies damit, dass das Gesamtaufkommen an LKW und der Transit-LKW Verkehr „nach Augenschein eher gering sei“.

Tatsächlich gibt es in Wiesbaden ein hohes Aufkommen an LKW und Transit-Verkehren, beispielhaft seien hierfür die B417, die B455 oder das Gebiet um die Äppelallee genannt. Das Durchfahren jedes einzelnen LKW und Transit-LKW führt zu einer starken Lärmbelastung der Bevölkerung und einer erhöhten Luftverunreinigung.

Um diesbezüglich eine Verbesserung herbeizuführen, ist zu prüfen, welche Strecken in Wiesbaden für Transit-LKW-Verkehre gesperrt werden können.

Der Ausschuss möge daher beschließen:

Der Magistrat wird daher gebeten darzulegen,

1. Unter welchen gesetzlichen Rahmenbedingungen Durchfahrtsverbote für LKW, beziehungsweise Schwerlastverkehre, für einzelne Straßenabschnitte möglich sind.
2. auf welche Straßen in Wiesbaden diese Kriterien zutreffen.
3. welche Straßen in Wiesbaden und unter welchen Kriterien derzeit für LKWs, beziehungsweise Schwerlastverkehre, gesperrt sind und mit welcher Begründung.

### 3. 12-F-33-0104

Ausbau Carsharing

- Antrag der Fraktionen von CDU und SPD vom 18.9.2012 -

Der Wiesbadener Carsharing-Anbieter book-n-drive beabsichtigt in Wiesbaden die Fortschritte der Informationstechnologie für Carsharing zu nutzen. Anders als beim klassischen Carsharing mit festen Standorten, können die Fahrzeuge in diesem Modell in allen innerstädtischen Anwohnerparkzonen abgestellt werden. Mittels einer App für das Smartphone oder einer Internetanwendung kann das nächstgelegene Fahrzeug lokalisiert und mit einem Klick direkt gebucht werden. Nach dem Ende der Fahrt kann das Auto kostenfrei in einer beliebigen Anwenderparkzone abgestellt werden.

Die neue Technologie kann der Idee des Carsharings neue Nutzer erschließen. Zusätzlich wird der weitere Ausbau des Carsharing nicht mehr durch die zeitaufwändige Suche nach neuen Stellplätzen begrenzt. Die bisherigen Erfahrungen haben gezeigt, dass ein einziges Carsharing-Fahrzeug vier bis acht private PKW überflüssig macht. Carsharing ist daher ein wichtiges Instrument dem innerstädtischen Parkdruck zu begegnen.

*Der Ausschuss möge beschließen:*

Der Magistrat wird gebeten

1. weiterhin in Zusammenarbeit mit „book-n-drive“ und den städtischen Wohnungsgesellschaften Stellplätze zu prüfen, die für Carsharing-Fahrzeuge genutzt werden können um zeitnah das Angebot an Carsharing-Plätzen signifikant zu erhöhen
2. zu prüfen, unter welchen rechtlichen Voraussetzungen und in welcher Anzahl Carsharing-Fahrzeuge gebührenfrei in allen innerstädtischen Anwohnerparkzonen abgestellt werden können.

3. darzulegen, welche Voraussetzungen hierfür geschaffen werden müssten (z.B. Beschilderung, Markierungen, Erteilung von Ausnahmegenehmigungen, usw.).
4. darzulegen, welche Kosten durch die Einführung des Systems entstehen würden und wer diese zu tragen hätte.

#### 4. 12-F-03-0125

Straßensperrung für den Schwerlastverkehr

- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 17.9.2012 -

Am 24. Juni 2010 hat die Stadtverordnetenversammlung ein Durchfahrtsverbot für LKW beschlossen. Die Maßnahme bezieht sich ausdrücklich auch auf die B 417.

Der LKW-Verkehr im Bereich der Schützenstraße / Unter den Eichen / Platter Straße hat das erträgliche Maß für die Anwohnerinnen und Anwohner schon lange überschritten. Mit einem LKW-Durchfahrtsverbot könnten folgende Ziele erreicht werden:

- Erhöhung der Verkehrssicherheit in dem gefährlichen Kurven- und Gefällbereich Unter den Eichen.
- Entlastung der Wiesbadener Innenstadt von Transit- und Mautvermeidungsverkehr.
- Reduzierung von Schadstoffemissionen und Lärm
- Schonung wertvoller Bausubstanz entlang der Schützenstraße, der Düreranlage, am Dürerplatz und am ersten und zweiten Ring.
- Gewinn an Lebensqualität für mehr als zehntausend Anwohnerinnen und Anwohnern des betroffenen Bereichs.

Diese Argumente sind insbesondere vor dem Hintergrund eines erhöhten Aufkommens des Lieferverkehrs sowie der Gefährdung der Bevölkerung durch gefährliche Güter wegen der Kurven und des Gefällebereichs unter den Eichen zu betrachten.

Der Ausschuss möge daher beschließen,

der Magistrat wird gebeten,

1. über die Anzahl der Liefervorgänge per LKW im Stadtgebiet Wiesbaden zu berichten.
2. mit dem Land erneut in Verbindung zu treten, um als Sofortmaßnahme bis zur Erreichung eines LKW-Durchfahrtsverbots für das gesamte Wiesbadener Stadtgebiet (wie im Juni 2010 beschlossen) eine Sperrung der Schützenstraße, bzw. Unter den Eichen ab Platter Straße für den Verkehr von LKW über 7,5 t zu erreichen.
3. ein Logistikkonzept für den Anlieferungsverkehr auf Wiesbadener Stadtgebiet zu erstellen.

**5. 12-F-05-0009**

Stadtbahn Wiesbaden  
- Antrag der FDP-Fraktion vom 18.9.2012 -

Am 12.06.2012 berichtete der Magistrat unter Top 9 „Mehr Tempo für die Wi-Bahn“ über den aktuellen Sachstand der Realisierung einer Stadtbahn. Nach der Vorstellung der Untersuchungen zur Stadtbahn beschloss der Ausschuss: „Der Magistrat wird gebeten, den Fraktionen die vorgestellte PP-Präsentation zur Verfügung zu stellen“.

Zusätzlich berichtete der Magistrat, dass am 20. Juni 2012 möglicherweise die entscheidende Sitzung des Arbeitskreises von Stadt, Bund und Land zum Thema Förderung stattfinden würde.

Die Ausschuss Bau, Planung und Verkehr möge deshalb beschließen:

Der Magistrat wird daher gebeten

1. zu berichten,

1. warum die PP-Präsentation den Fraktionen bis heute nicht zur Verfügung gestellt wurde?
2. warum der Magistrat über die Ergebnisse der Untersuchungen noch nicht informiert wurde?
3. welche Ergebnisse die Sitzung des Arbeitskreises von Stadt, Bund und Land am 20.06.2012, insbesondere in Bezug auf Förderung und Zeitplanung, hatte?

2. schnellstmöglich den parlamentarischen Gremien die vorgestellte PP-Präsentation sowie alle vorliegenden Untersuchungen zur Verfügung zu stellen.

**6. 12-V-82-0006**

**DL 36/12-5, ANLAGE**

Neubau Rhein-Main-Hallen

**7. 12-F-33-0091**

**ANLAGE**

Sachstand Neubauprojekt Dantestraße  
- *Beschluss des Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr vom 28.8.2012* -

**8. 12-V-61-0003**

**DL 35/12-7**

Bebauungsplan "Stadion Berliner Straße" im Ortsbezirk Südost - Beschluss über die Aufstellung und die öffentliche Auslegung

9. **12-V-61-0027** **DL 35/12-8**

Flächennutzungsplanänderung für den Planbereich "Delkenheimer Kiesgrube" im Ortbezirk Delkenheim  
- Feststellungsbeschluss -

10. **12-V-66-0309** **DL 36/12-4**

Goerdelerstraße - Mehrkosten

11. **11-F-03-0052** **ANLAGE**

Radweg Lahnstraße  
- *Beschluss des Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr vom 23.8.2011* -  
- *Mündlicher Sachstandsbericht durch Dezernat IV* -

12. **12-F-03-0127**

Fahrradabstellanlage Innenstadt  
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 17.9.2012 -

In der Innenstadt fehlen Fahrradabstellanlagen. Eine Abstellanlage, in der die Räder vor Witterung geschützt sind und ein Aufladen der Akkus von E-Bikes möglich ist, gibt es überhaupt nicht. Eine optisch ansprechende Fahrradabstellanlage mitten in der Wiesbadener Innenstadt könnte die Wertschätzung der Landeshauptstadt Wiesbaden für das umweltfreundliche und gesunde Verkehrsmittel Fahrrad aufzeigen.

Der Ausschuss möge daher beschließen,  
der Magistrat wird gebeten,

eine Planung für eine Fahrradabstellanlage am Dernschen Gelände (neben dem Taxistand) vorzulegen. Die Planung soll eine Akku-Aufladestation sowie gegebenenfalls eine Überdachung vorsehen. In einem Beteiligungsverfahren mit Ortsbeirat und Bürgerinnen und Bürgern sollen weitere Details der Planung festgelegt werden.

13. **12-F-33-0105**

Mietfahrräder in Wiesbaden  
- Antrag der Fraktionen von CDU und SPD vom 18.9.2012 -

Der Einsatz von Mietfahrrädern hat sich in vielen Städten als Erfolgskonzept herausgestellt. Z.B. in Mainz haben sich seit April 2012 bereits über 7000 Nutzer für die angebotenen Mietfahrräder angemeldet. Derzeit wird dort jedes Rad durchschnittliche zweimal pro Tag genutzt - und dies bei einem Altersdurchschnitt von 42 Jahren.

Der Einsatz von Mietfahrrädern ist sowohl unter umwelt- wie verkehrspolitischen Aspekten sinnvoll. daneben kann der Parkdruck im Innenstadtbereich durch sinnvoll platzierte Stationen, z.B. in Bahnhofsnähe oder bei Park & Ride Parkplätzen, reduziert werden.

Der Ausschuss möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

- 1) für die Einführung eines durchgängigen Mietfahrradsystems in Wiesbaden, welches mit dem (in AKK bereits eingeführten) System der Mainzer Verkehrsgesellschaft (MVG) kompatibel ist, ein Konzept vorzubereiten
- 2) darzulegen, wer als Betreiber für ein solches System in Betracht kommt
- 3) eine damit verbundene Kostenkalkulation vorzulegen
- 4) aufzuzeigen, wie in einem solchen System auch Elektrofahrräder angeboten werden können.

#### 14. 12-F-03-0128

Umbau Äppelallee

- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 17.9.2012 -

Auf der Äppelallee fehlt ein Radweg. Auf dem Abschnitt zwischen Friedrich-Bergius-Straße und Biebricher Allee könnte eine Fahrspur für den Radverkehr genutzt werden, da der Streifen für den fließenden Autoverkehr ohnehin nicht genutzt wird. Für den westlichen Abschnitt wäre eine gesonderte Planung für die Führung des Radverkehrs erforderlich.

Der Ausschuss möge beschließen,

der Magistrat wird gebeten,

mit Hessen Mobil in Verbindung zu treten, mit dem Ziel, auf der Äppelallee einen Radfahrstreifen einzurichten. Dies sollte folgendermaßen geschehen:

1. Auf dem Abschnitt zwischen Friedrich-Bergius-Straße und Biebricher Allee könnte die äußere Fahrspur für den Radverkehr genutzt werden, da der Streifen für den fließenden Autoverkehr ohnehin nicht genutzt wird.
2. Für den westlichen Abschnitt der Äppelallee müsste eine gesonderte Planung erfolgen. Möglicherweise könnte dort der Radverkehr über den kombinierten Rad-/Fußweg geführt werden.
3. Im Bereich der Autobahnzufahrt sind Maßnahmen zu ergreifen, um die Sicherheit für Radfahrende zu erhöhen.

## 15. 12-F-03-0126

Entwicklung Innenstadt

- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 17.9.2012 -

Mauritiusgalerie, City-Passage, Kleine Schwalbacher Straße, Wartburg: diesen Orten ist gemein, dass sie eine besondere Bedeutung für die Entwicklung der Innenstadt haben und dass ihr Zustand verbesserungswürdig ist.

Der Ausschuss möge daher beschließen,

der Magistrat wird gebeten,

sowohl über den aktuellen Zustand (Besitzverhältnisse, Vermietung etc.) als auch zur weiteren Planung für Mauritiusgalerie, City-Passage, Kleine Schwalbacher Straße, Wartburg zu berichten.

Insbesondere möge er auf den Stand der Planung für die Stadtbibliothek eingehen, sowie auf die Frage, ob beabsichtigt ist, die Beheizung etc. der zukünftigen Stadtbibliothek an die Fernwärmeleitung in der Hochstättenstraße anzuschließen.

## 16. 12-F-03-0129

Mineralstoffmischanlage bei Dyckerhoff

- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 17.9.2012 -

Die Firma Dyckerhoff plant eine Mineralstoffmischanlage auf dem Steinbruchgelände zwischen A 66 und A671 zu errichten. Solche Betriebe können nur in Sondergebieten gebaut werden. Der Flächennutzungs- und Bebauungsplan muss daher vorab entsprechend geändert werden.

Der Ausschuss möge beschließen,

der Magistrat wird gebeten zu berichten:

1. Liegen ihm über die Bürgerversammlung und Presseberichterstattung hinausgehende Informationen zu der Planung der Mineralstoffmischanlage von Dyckerhoff vor?
2. Welchen Verordnungen unterliegt eine Mineralstoffmischanlage? Welche Auflagen sind zu erfüllen?
3. Werden die Emissionen des Werks gesondert betrachtet oder in Zusammenhang mit anderen Industrieanlagen in Biebrich, insbesondere mit den Emissionen des geplanten Biomassekraftwerks?
4. Warum wird die Anbindung an den Schienenverkehr nicht in der ersten Planungsphase berücksichtigt?

## 17. 12-F-03-0131

Biebrich - Bahngrundstücke und Seligmann-Baer-Platz  
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 17.9.2012 -

Für den am Bahnhof gelegenen Seligmann-Baer-Platz und Umgebung gab es bereits verschiedene Planungen. Inzwischen sind die Grundstücke rund um den Bahnhof überraschend an einen privaten Investor verkauft worden.

Der Ausschuss möge beschließen,  
der Magistrat wird gebeten zu berichten:

- Warum hat die Stadt das Vorkaufsrecht für den Seligmann-Baer-Platz und Umgebung nicht ausgeübt?
- Wie sind die aktuellen Planungen für den Seligmann-Baer-Platz und die Umgebung rund um den Bahnhof-Biebrich?
- Warum wurde der Ortsbeirat Biebrich nicht rechtzeitig und umfassend über den Verkauf an einen privaten Investor und die damit einhergehenden Planungen informiert?

## 18. Auswertung der 4. Straßenzustandserfassung in Wiesbaden und AKK - *Sachstand* -

## 19. Verschiedenes

### Tagesordnung II

#### 1. 12-F-03-0038 ANLAGE

Tempo 100 auf der A 3 im Bereich Wiesbaden-Auringen  
- *Bericht des Dezernates II vom 17.8.2012* -

#### 2. 12-F-03-0062 ANLAGE

Tempo 30 Frauenstein  
- *Bericht des Dezernates VII vom 15.8.2012* -

#### 3. 12-F-33-0012 ANLAGE

Einrichtung von Busverbindungen zwischen dem Wiesbaden Army Airfield Erbenheim und den Housing Areas und Aukamm  
- *Bericht des Dezernates IV vom 23.8.2012* -

- |     |   |                      |
|-----|---|----------------------|
| 4.  | <b>12-V-10-0023</b>   | <b>DL 35/12-1 NÖ</b> |
|     | Neubau des Bürgerhauses Medenbach   |                      |
| 5.  | <b>12-V-10-0024</b>   | <b>DL 35/12-2 NÖ</b> |
|     | Neubau des Hauses der Vereine in Dotzheim   |                      |
| 6.  | <b>12-V-41-0018</b>   | <b>DL 35/12-4</b>    |
|     | Instandsetzung des Römertors  |                      |
| 7.  | <b>12-V-61-0036</b>   | <b>DL 36/12-3</b>    |
|     | Änderung des Landesentwicklungsplans Hessen 2000 - Vorgaben zur Nutzung der Windenergie, Anhörung und Stellungnahme   |                      |
| 8.  | <b>12-V-64-0004</b>   | <b>DL 35/12-9</b>    |
|     | EU-weite Ausschreibung eines Wärmeliefercontracting für drei Liegenschaften der Landeshauptstadt Wiesbaden (Hallenbad Kostheim, Wilhelm-Leuschner-Schule und Sporthalle Wilhelm Leuschner) mittels Blockheizkraftwerk |                      |
| 9.  | <b>12-V-66-0218</b>   | <b>DL 34/12-4</b>    |
|     | Ersatzbeschaffung von Parkscheinautomaten in den Jahren 2012 und 2013   |                      |
| 10. | <b>12-V-66-0219</b>   | <b>DL 34/12-5</b>    |
|     | Biebricher Straße - Einrichtung eines Fußgängerüberweges  |                      |
| 11. | <b>12-V-80-2310</b>   | <b>DL 36/12-1 NÖ</b> |
|     | Realisierungsweg Parkhaus Coulinstraße  |                      |
| 12. | <b>12-V-80-2316</b>   | <b>DL 26/12-2 NÖ</b> |
|     | Verkauf des Grundstücks Mainzer Straße 97 in Wiesbaden  |                      |

**13. 12-V-80-2320**

**DL 34/12-2 NÖ**

Übertragung der Mietobjekte Petersweg 1, 3 und 5 und In der Witz 20, Gemarkung Mainz-Kastel an die Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft Wiesbaden

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Kessler  
Vorsitzender